

Keine Kooperation mit der AfD

Die LAG ABT warnt vor der AfD als rassistische, menschenfeindliche und demokratiegefährdende Partei. Die LAG ABT pflegt keine institutionellen Kontakte zur AfD. Vertreterinnen und Vertreter der AfD werden nicht zu Veranstaltungen eingeladen und erhalten keine Plattform für politische Selbstdarstellung.

Wir fördern Inklusion und Teilhabe in einer vielfältigen Gesellschaft

Die Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit, Bildung Teilhabe (LAG ABT) und ihre Mitglieder setzen sich für Inklusion und umfassende Teilhabe ein. Wir wollen eine vielfältige und bunte Gesellschaft, fördern aktiv gerechte und umfassende Chancen auf Bildung, Arbeit und Soziale Teilhabe und setzen uns für den Abbau von Barrieren und Partizipation in allen gesellschaftlichen Bereichen ein.

Unvereinbarkeit mit den Programmen der AfD

Die Grundsätze der AfD stehen im Widerspruch zu unseren Leitbildern. Aus Sicht der LAG ABT sind wesentliche Positionen der AfD nicht mit den Grundwerten des Grundgesetzes sowie zu den Zielen von Inklusion, Menschenrechten und gleichberechtigter Teilhabe vereinbar.

Zahlreiche programmatische Aussagen sowie öffentliche Äußerungen von Funktionsträgern der AfD richten sich gegen inklusive Bildung, gesellschaftliche Vielfalt und den menschenrechtlichen Ansatz der UN-Behindertenrechtskonvention. Die LAG ABT bewertet dies als Gefahr für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Mehrere Landesverbände werden vom jeweiligen Verfassungsschutz (Brandenburg, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen) als gesichert rechtsextrem eingestuft. Vor diesem Hintergrund sieht die LAG ABT keine Grundlage zur Zusammenarbeit mit Vertreterinnen und Vertretern der AfD.

Die systematische Abwertung von Personengruppen durch die Rhetorik und Politik der AfD ist verletzend und gefährlich. Das machen Beispiele aus Wahlprogrammen, öffentlichen Auftritten von Partei- und Fraktionsvertretungen deutlich: Inklusion wird als „Ideologieprojekt“ dargestellt, eine inklusive Schule oder Gesellschaft wird als „nicht gesund“ und als Gefahr gesehen, die UN-Behindertenrechtskonvention wird relativiert, Homogenität in Schule und Gesellschaft wird gewünscht, und oftmals mit rassistischen Abwertungen verknüpft, wie etwa der Aussage, „Ungleiches wird gleichgemacht“. Befürworter*innen von Inklusion werden dämonisiert, als inhuman und ideologiegeleitet

bezeichnet. Argumentationsschwerpunkte sind die Kosten und Verschwenden von öffentlichen Mitteln. Eine besonders gefährliche Argumentationslinie geht aus einer in Teilen völkisch nationalistischen Sprachwahl hervor – in parlamentarischen Anfragen werden Menschen mit Behinderungen herabgesetzt.

Wir wenden uns entschieden gegen die Herabwürdigung von Menschen. Wir verurteilen ihre fortgesetzte Verachtung der Menschenrechte und Angriffe auf die Menschenwürde. Wir warnen eindringlich vor den Folgen ihrer Agenda der Ausgrenzung und Entrechtung von Menschen, die nicht in das völkisch-nationalistische Weltbild dieser Partei und ihrer Vertreter*innen passen.

Was wir tun

Die LAG ABT setzt sich für Teilhabegerechtigkeit und eine vielfältige Gesellschaft ein, und leistet ihren Beitrag, um die Feinde der Demokratie zurückzudrängen. Dies geschieht auf folgenden Ebenen:

Wohlfahrts- und Trägerverbände

- werteorientiertes Menschenbild als Fundament
- Klare Sichtbarkeit für Menschenrechte, Vielfalt, Demokratie
- Klare Positionierung zu politischen Entscheidungen
- Stärkung der Mitgliedsorganisationen
- Stärkung und Qualifizierung der Mitarbeitenden

Mitglieder der LAG ABT und Mitarbeitende in den Werkstätten, den Angeboten zur Teilhabe am Arbeitsleben und den Tagesförderstätten

- Sensibilisieren
- Vernetzung und Austausch zum Umgang mit AfD-nahen Stakeholdern im Umfeld
- Austausch zum Umgang mit rassistischen Äußerungen im Umfeld der Angebote

Leistungsberechtigte

- Auf Gefahren der AfD hinweisen
- Sensibilisieren, stärken
- Vernetzen

Wir warnen vor den Gefahren durch die AfD für unsere Demokratie und den Sozialstaat. Wir machen in politischen Gesprächen unsere Positionen deutlich. Wir laden keine Vertretungen der AfD zu Veranstaltungen ein, wir geben ihnen keine Bühne. Wir raten an, bei Veranstaltungen notfalls vom Hausrecht Gebrauch zu machen, sollten

faschistische, demokratiefeindliche oder menschenfeindliche Äußerungen getätigt werden oder aktive Vertretungen der AfD teilnehmen.

Weitere Informationen:

- Die AfD – eine Gefahr für Menschen mit Behinderungen (Deutsches Institut für Menschenrechte: https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Analyse_Studie/Analyse_Die_AfD_eine_Gefahr_fuer_Menschen_mit_Behinderungen.pdf)
- Grundsätze und Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD und anderen rechtsextremen und rechtspopulistischen Organisationen (Diakonisches Werk Schleswig-Holstein: https://www.diakonie-sh.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Broschuere_Umgang_mit_Rechtspopulismus_DWSH_12.2024.pdf)
- Empfehlungen zum Umgang mit der AfD (Lebenshilfe: <https://www.lebenshilfe.de/fileadmin/Redaktion/PDF/Wissen/intern/Verbandliche-Publikationen/Empfehlung-Umgang-mit-AfD.pdf>)
- Handreichung für LAG Hauptamtliche zum Umgang mit der AfD (BAG WfbM)

Rendsburg, den 16.09.2026